

Keine eindeutige Wahrheit

Vermögensverteilung. Wie viel genau besitzen die reichsten 10 Prozent der Bundesbürger? Weil es auf diese Frage nicht nur eine, sondern viele Antworten gibt, ist letztlich keine davon genau. Je nachdem, wie man Vermögen bemisst, kommen ganz unterschiedliche Zahlen heraus. Sicher scheint nur eins: Entgegen der landläufigen Meinung sind die Reichen in den vergangenen zehn Jahren keineswegs reicher geworden.

Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht (ARB) der Bundesregierung wird zwar erst im Laufe dieses Jahres veröffentlicht, doch wenn die mediale Berichterstattung genauso läuft

wie beim 4. ARB im Jahr 2013, steht der Tenor schon jetzt fest: Die vermögensstärksten 10 Prozent der Bundesbürger verfügen über mehr als die Hälfte des gesamten Netto-

vermögens in Deutschland – und ihr Anteil steigt und steigt und steigt.

Im Jahr 2008 – das war der aktuellste Wert im 4. ARB – besaßen diese Haushalte 52,9 Prozent des gesamten Vermögens (Grafik). Das waren fast 8 Prozentpunkte mehr als zehn Jahre zuvor – Grund genug, heftig und häufig über die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland zu debattieren.

Dabei sind die knapp 53 Prozent Vermögensanteil noch relativ wenig, gemessen an den Ergebnissen, zu denen andere Studien kommen:

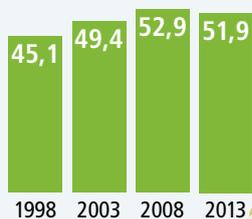
59 Prozent Anteil am Gesamtvermögen hat das oberste Vermögensehntel in Deutschland laut dem aktuellen Ungleichheitsbericht der OECD. Diese Schätzung basiert auf der Vermögensbefragung der Euroländer durch die Europäische Zentralbank (EZB).

63 Prozent sind es laut Credit Suisse. Der Finanzdienstleister verwendet in seinem Vermögensreport zwar ebenfalls die Daten der Europäischen Zentralbank, schätzt aber die Vermögen der Superreichen →

Vermögensverteilung: Zwei Erhebungen – zwei Trends

So viel Prozent des Vermögens besaßen die obersten 10 Prozent der vermögenseichsten Haushalte in Deutschland

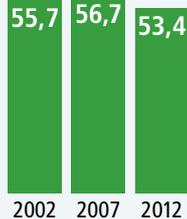
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – basiert auf einer Repräsentativumfrage, die reichsten 0,2 Prozent der Bevölkerung sind nicht erfasst



Oberste 10 Prozent 2012: Vermögen je Haushalt (abzüglich Schulden) von mindestens **375.000 Euro**



Sozio-oekonomisches Panel – basiert auf einer Längsschnittbefragung, es werden also immer dieselben Personen im Zeitablauf erfasst



Vermögensgrenze zu den obersten 10 Prozent auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels
Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien · iwd 3

Vorschau: Das Zuwanderungsheft

Seit mehr als 100 Jahren ist Deutschland von Phasen starker Zuwanderung geprägt. Bereits im 1871 gegründeten Kaiserreich führte die prosperierende Wirtschaft zu einem Arbeitskräftemangel, der durch Zuwanderer – vor allem aus Osteuropa – ausgeglichen werden sollte. Noch deutlich größer war die Zahl der Zuwanderer nach dem Zweiten Weltkrieg. Dass vor allem die Millionen Vertriebenen am Ende erfolg-

reich in Westdeutschland integriert werden konnten, lag nicht zuletzt am Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund kamen auch die sogenannten Gastarbeiter in die Bundesrepublik. In jüngerer Zeit prägen dagegen Armuts- und Kriegsflüchtlinge das Zuwanderungsbild. All diese Entwicklungen beleuchtet der iwd kommende Woche im Themenheft „140 Jahre Zuwanderung“.

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ mittels der Forbes-Reichenliste und schreibt diese fort.

Zwischen 63 und 74 Prozent Vermögensanteil hat das oberste Dezil nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die Berliner Forscher rechnen ebenfalls die – geschätzten – Top-Vermögen hinzu, verweisen dabei jedoch auf „große statistische Unsicherheiten“.

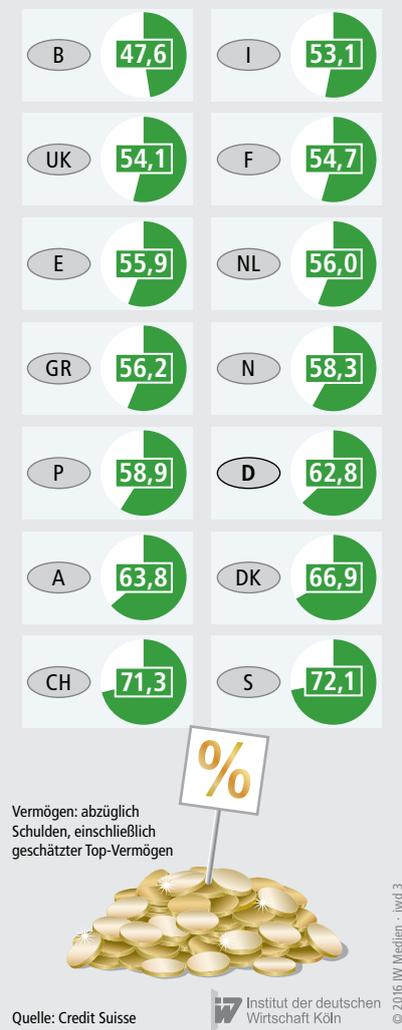
Vermögen zu erfassen, ist aber nicht nur bei den oberen Zehntausend äußerst schwierig, sondern generell. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Wer kennt schon den aktuellen Verkaufswert seiner Immobilie oder den Wert seiner betrieblichen Altersvorsorge?

Aufgrund dieser Bewertungsprobleme ist es unabhängig von der Datengrundlage sehr schwierig, das Ausmaß der Vermögensungleichheit exakt zu beziffern. Akzeptiert man aber diese Probleme, dann lässt sich zumindest ein aussagekräftiges Urteil über die Entwicklung der Vermögensungleichheit fällen.

Denn die für Untersuchungen auf diesem Themengebiet relevanten Kernindikatoren werden laufend fortgeschrieben – und liefern ein Bild, das viele überraschen dürfte. Gemäß den Vermögensdaten des Sozio-oekonomischen Panels – welche ebenfalls regelmäßig für den

Vermögensanteile international

Die obersten 10 Prozent der Bevölkerung besaßen im Jahr 2015 so viel Prozent des Vermögens



Armuts- und Reichtumsbericht ausgewertet werden – ist der Vermögensanteil der oberen 10 Prozent der Haushalte nämlich von annähernd

57 Prozent im Jahr 2007 auf nur noch rund 53 Prozent 2012 gesunken und liegt damit unter dem Wert des Jahres 2002.

Europäische Vergleiche der Vermögensungleichheit sind noch schwieriger als nationale. Denn die Vermögensbildung und -verteilung wird stark beeinflusst von geschichtlichen Einflüssen, der Eigentumsquote und den sozialen Sicherungssystemen – alles Faktoren, die von Land zu Land stark variieren. Das DIW hat zum Beispiel einmal ausgerechnet, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland – die nach Aussagen der EZB im Vergleich der Euroländer besonders hoch ist – um rund 20 Prozent sinken würde, wenn man die gesetzlichen Rentenansprüche berücksichtigen würde.

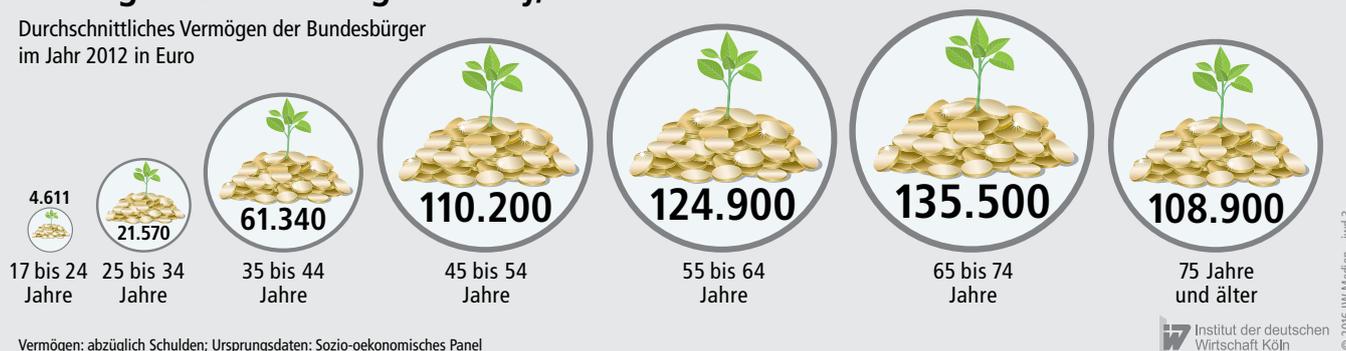
Interessant ist auch, dass die skandinavischen Länder – die häufig als Vorbilder für Egalität und soziale Absicherung gelten – im Ranking der Credit Suisse gar nicht so gut abschneiden (Grafik links):

In Schweden und Dänemark ist der Vermögensanteil der oberen 10 Prozent der Bevölkerung mit 72 beziehungsweise 67 Prozent um 9 beziehungsweise 4 Prozentpunkte höher als in Deutschland.

Gleichwohl steht fest, dass die Vermögen in Deutschland deutlich ungleicher verteilt sind als die Ein-

Vermögensaufbau: Jung und sexy, alt und reich

Durchschnittliches Vermögen der Bundesbürger im Jahr 2012 in Euro



kommen. Das liegt – neben dem nicht berücksichtigten Alterssicherungsvermögen – vor allem an jenen Effekten, die etwas mit dem Alter und dem jeweiligen Lebenszyklus zu tun haben.

Vermögensaufbau erfordert logischerweise eine gewisse Ansparzeit, ergo hatte die Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen im Jahr 2012 ein fast 30-mal so großes Durchschnittsvermögen wie die Altersgruppe der unter 25-Jährigen (Grafik Seite 2 unten). Beim Einkommen beträgt der Unterschied zwischen beiden Gruppen nur knapp 30 Prozent.

Die typischen Lebenszykluseffekte zeigen sich nicht nur beim Niveau des Vermögens, sondern auch bei dessen Entwicklung:

- Die Gruppe der Personen mit den niedrigsten Vermögen (erstes Vermögensdezil) war im Jahr 2002 im Durchschnitt rund 17 Jahre jünger als die Personen mit den höchsten Vermögen.
- Die gleiche Gruppe, also jene, die 2002 im untersten Dezil war, konnte ihr Vermögen bis 2012 um durchschnittlich 29.000 Euro steigern und damit den Bereich der negativen Vermögen (Verschuldung) verlassen. Im gleichen Zeitraum mussten die beiden obersten Vermögenszehntel des Jahres 2002 nach Berechnungen des DIW einen Verlust von 22 beziehungsweise 7 Prozent hinnehmen (Grafik oben).

Die Vermögensentwicklung

Lesebeispiel: Im obersten Vermögensdezil, also bei jenen 10 Prozent der Bundesbürger mit den höchsten Vermögen, hat sich das Vermögen von 2002 bis 2012 im Durchschnitt um mehr als ein Fünftel oder 122.000 Euro reduziert.

Mittelwerte in Euro



Vermögensdezile 2002	2002	2012	Differenz in Euro	Veränderung in Prozent
1. verschuldet	-14.412	14.652	29.064	
2. ohne Vermögen	0	13.607	13.607	
3. mit wenig Vermögen	3.892	29.066	25.174	647
4.	11.579	28.021	16.442	142
5.	19.841	45.349	25.508	129
6.	45.685	66.027	20.342	45
7.	75.092	79.667	4.575	6
8.	124.361	128.783	4.422	4
9.	192.888	179.054	-13.834	-7
10. mit viel Vermögen	542.120	420.565	-121.555	-22

In Preisen des Jahres 2010; Vermögensdezile: Personen ab 17 Jahren werden gemäß ihrem individuellen Vermögen im Jahr 2002 sortiert und in zehn gleich große Gruppen aufgeteilt; Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 3

ungsweise 7 Prozent hinnehmen (Grafik oben).

Da diese beiden Dezile überwiegend aus älteren Menschen bestehen, dürften zu den Verlusten auch Schenkungen an jüngere Generationen und vererbtes Vermögen eine Rolle gespielt haben.

Dass Erbschaften nicht nur in der finanziellen Oberschicht ins Gewicht fallen, zeigt eine Studie der FU Berlin (Grafik unten). Demnach ist der Anteil der Erbschaften am Gesamtvermögen in der oberen Vermögensmittelschicht (7. bis 9. Dezil) mit rund 35 bis 40 Prozent am höchsten. Das ist mehr als im obersten Vermö-

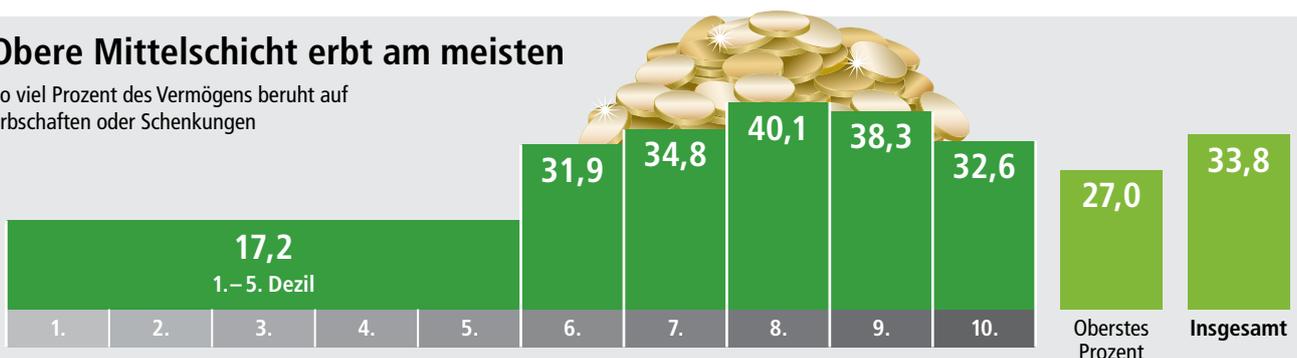
genszehntel (33 Prozent) und sogar mehr als bei jenen Bundesbürgern, die das vermögensreichste 1 Prozent der Haushalte bilden (27 Prozent).

Auch wenn die Schätzungen für das oberste Prozent mit viel Unsicherheit behaftet sind, kommen die Autoren der Studie zu dem Schluss, dass die ausgeprägte Ungleichheit der Vermögensverteilung in Deutschland nicht durch eine Dominanz von „leistungslosen Vermögen“ zu erklären ist.

Mit anderen Worten: Der Großteil des Vermögens der Superreichen wurde nicht – wie viele glauben – geerbt, sondern erarbeitet.

Obere Mittelschicht erbt am meisten

So viel Prozent des Vermögens beruht auf Erbschaften oder Schenkungen



Stand: 2010, nur Westdeutschland; Vermögen: abzüglich Schulden; Dezile: Die Haushalte werden gemäß ihres Vermögens sortiert und in zehn gleich große Gruppen aufgeteilt
Quelle: Bönke, Corneo, Westermeier (2015)

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 3

Regionale Schwäche hat viele Ursachen

Wirtschaftsleistung. Die Landkreise mit dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf konzentrieren sich in Westdeutschland vor allem auf Rheinland-Pfalz. Im Osten sind die wirtschaftsschwächsten Kreise über alle Bundesländer verteilt. Die Gründe für die geringe Wirtschaftsleistung sind unterschiedlich – neben der Unternehmensstruktur spielen Pendlerströme sowie der Zuschnitt der Kreise eine Rolle.

Auch ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung hat der Osten Deutschlands bei vielen noch das Image des Armenhauses der Republik. Und tatsächlich ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Ostdeutschland je Einwohner nach wie vor um ein Drittel geringer als das westdeutsche. Umso mehr erstaunt ein Blick auf die wirtschaftsschwächsten Regionen (Grafik):

Die drei Kreise mit dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegen allesamt im Westen – und zwar in Rheinland-Pfalz.

Die Südwestpfalz kommt als Schlusslicht auf ein Pro-Kopf-BIP von weniger als 15.000 Euro, im Rhein-Pfalz-Kreis und im Kreis Kusel sind es knapp 16.000 Euro. Der wirtschaftsschwächste Kreis in Ostdeutschland, Havelland, erreicht immerhin fast 17.500 Euro.

Unter den zehn westdeutschen Regionen mit der geringsten Wirtschaftskraft finden sich noch zwei weitere rheinland-pfälzische Kreise, die übrigen liegen in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern. Im Osten sind die wirtschaftlichen Sorgenkinder dagegen recht gleichmäßig über die Länder verstreut – generell fallen die Unterschiede beim BIP je Einwohner dort deutlich geringer aus als im Westen.

Doch was sind die Gründe dafür, dass bestimmte Kreise in wirtschaft-

licher Hinsicht anderen Regionen hinterherhinken? Zunächst mag die Frage trivial erscheinen. Denn das BIP eines Kreises ergibt sich im Wesentlichen aus der Bruttowertschöpfung der dort ansässigen Unternehmen, wobei in die Wertschöpfung vor allem die Löhne und Gewinne einfließen. Gibt es gemessen an der Einwohnerzahl nur wenige und/oder kleine Betriebe, ist auch das BIP pro Kopf niedrig.

Die Vermutung liegt nahe, dass in solchen Kreisen mangels ausreichender Jobs auch die Arbeitslosigkeit hoch sein müsste. Dies ist jedoch längst nicht immer der Fall:

In der Südwestpfalz zum Beispiel lag die Arbeitslosenquote zuletzt nur bei 4 Prozent.

Eine solche Konstellation – eine schwache Wirtschaftsleistung trotz guter Arbeitsmarktlage – kennzeichnet vielfach jene Landkreise, die an Wirtschaftszentren angrenzen. Dort wohnen viele Pendler, die in der benachbarten Stadt beschäftigt sind und dort zur höheren Wirtschaftskraft beitragen.

Dies gilt zum Beispiel in Niedersachsen für Gifhorn, Wolfenbüttel und Osterholz, deren Einwohner zum großen Teil in die Autostadt Wolfsburg beziehungsweise nach Bremen pendeln.

Wer im rheinland-pfälzischen Kreis Trier-Saarburg wohnt, arbeitet

oft in Trier oder in Luxemburg. Und die Einwohner des Landkreises Kaiserslautern pendeln in die namensgebende Stadt oder nach Ludwigshafen, dessen großes Chemiewerk das wirtschaftliche Herz des gesamten Bundeslands ist.

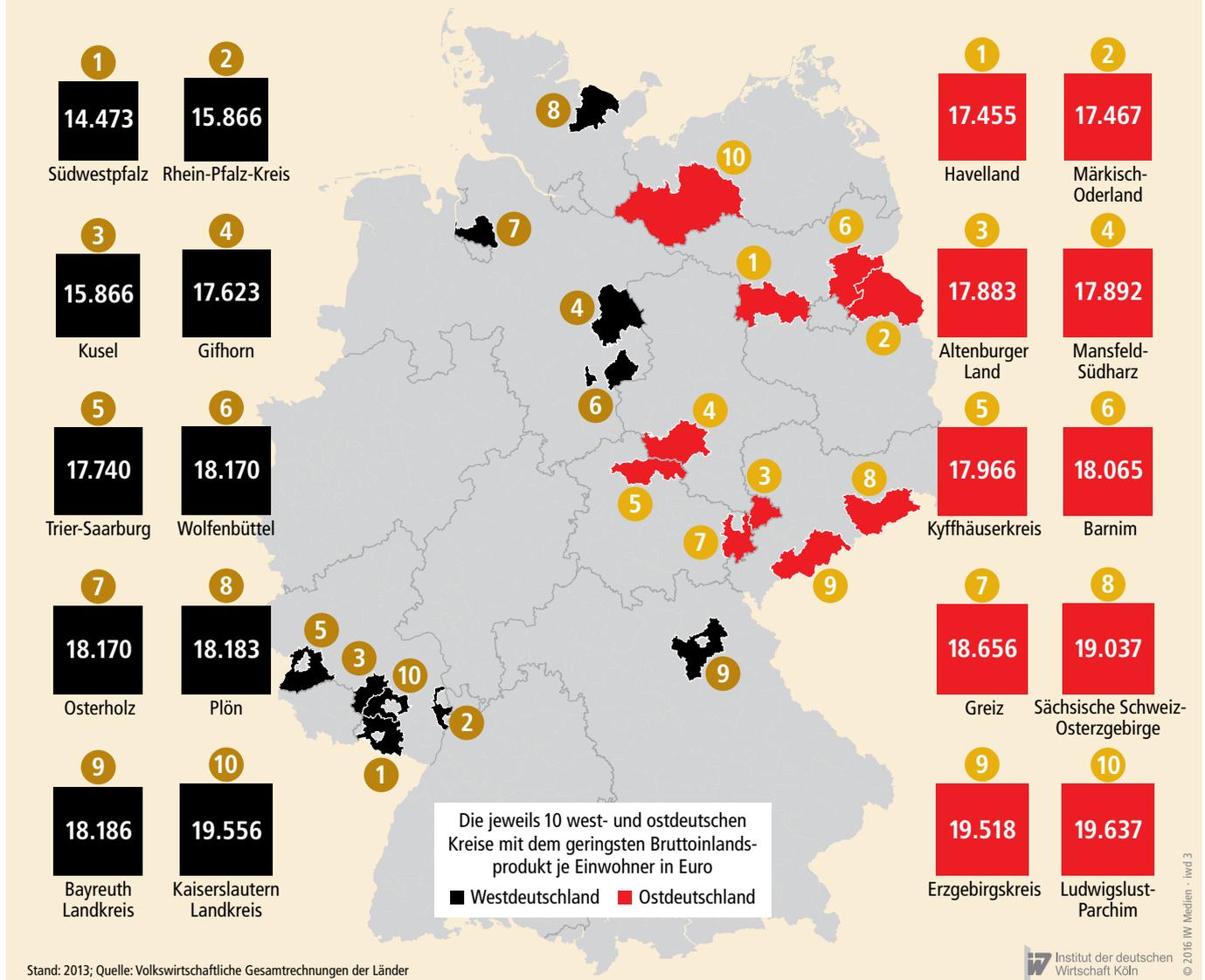
Eine vergleichbare Situation gibt es etwa im Kreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge. Er gehört zum Dresdener Umland, deshalb haben viele Einwohner des Kreises ihren Arbeitsplatz in der Landeshauptstadt.

Und auch Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern ist eine Pendler-Hochburg – die Menschen fahren zur Arbeit nicht nur in die Landeshauptstadt Schwerin, sondern vor allem in die Wirtschaftsmetropole Hamburg. Dadurch weist die Region trotz ihres geringen BIP je Einwohner die niedrigste Arbeitslosenquote des gesamten Bundeslands auf – zuletzt waren es nur rund 7 Prozent.

Für die Südwestpfalz gilt dieses Erklärungsmuster allerdings nur bedingt, denn die angrenzenden kreisfreien Städte Pirmasens und Zweibrücken sind beide klein und haben selbst wirtschaftliche Probleme. Einer solch strukturschwachen Region kehren arbeitswillige junge Menschen oft den Rücken. In der Südwestpfalz gibt es dieses Phänomen seit langem, sodass es offenbar keinen Überschuss an Arbeitskräften (mehr) gibt und die Arbeitslosigkeit trotz der geringen Wirtschaftskraft niedrig ist.

Auch im wirtschaftsschwächsten Kreis des hohen Nordens, Plön in Schleswig-Holstein, dürften trotz der Nähe zur Landeshauptstadt Kiel

Wirtschaftsschwache Pfalz



nicht die Pendlerströme ausschlaggebend sein. Hier spielt die Wirtschaftsstruktur die zentrale Rolle:

Die Region an der holsteinischen Ostküste ist stark auf Tourismus und Landwirtschaft ausgerichtet – in beiden Sektoren wird in der Regel keine allzu hohe Wertschöpfung erzielt.

Eine zu geringe Wertschöpfung ist auch das Problem der Betriebe im Kreis Altenburger Land in Thüringen sowie im sächsischen Erzgebirgskreis: Dort sind zwar durchaus einige Industriefirmen angesiedelt, sie sind jedoch zu klein, um der Wirtschaftsleistung der Region den nötigen Schub zu geben.

Einfluss auf die Wirtschaftskraft hat zudem die Kreisgröße: In Ostdeutschland sind durch Gebietsreformen oft Großkreise aus schwächeren und stärkeren Regionen gebildet worden. Das nivelliert den Pro-Kopf-Wert. In Rheinland-Pfalz und Bayern existieren dagegen weiterhin kleine kreisfreie Städte umgeben von oft sehr wirtschaftsarmen Landkreisen. Dies trifft auch für den Landkreis Bayreuth zu, der als einzige Region des ansonsten so starken Bayerns auf der Liste der wirtschaftsschwächsten Kreise steht.

Ähnliche Probleme haben die beiden schwächsten ostdeutschen

Kreise, Havelland und Märkisch-Oderland in Brandenburg: Die dortigen Landkreise sind zwar groß, aber dünn besiedelt und überwiegend wie Tortenstücke rund um Berlin arrangiert. Die Spitze ragt in den Berliner Speckgürtel, das breite Ende liegt in der Peripherie. Da die wenigen umsatzstarken Firmen – wie das Lkw-Werk in Ludwigsfelde oder der Hersteller von Flugzeugtriebwerken in Dahlewitz – ungleichmäßig im Berliner Umland verteilt sind, gehen manche Kreise leer aus und bieten in Kleinstädten und Dörfern vor allem Wohnquartiere für Pendler, aber wenig eigene Arbeitsplätze.

Wenn Fans foulern

Fußball. Weil ihre Anhänger sich offenbar nicht anständig benehmen können, müssen Vereine in der Bundesliga immer wieder Strafen zahlen. Doch auch wenn diese durchaus beachtlich sind, tun sie den meisten Bundesligisten nicht wirklich weh – und Fans schrecken sie schon gar nicht ab.

Die Fußball-Bundesliga startet am 22. Januar in die Rückrunde und vieles scheint klar: Bei acht Punkten Vorsprung auf den ersten Verfolger Dortmund und der spielerischen Dominanz der Bayern-Elf zweifelt kaum jemand daran, dass die Münchner sich in diesem Jahr die 26. Deutsche Meisterschaft sichern werden. So weit, so bekannt. Wie aber sieht es mit der Fairness der Mannschaften und vor allem ihrer Fans aus?

In der Fairplay-Tabelle liegen ebenfalls die Bayern und der BVB vorne (Grafik):

In der Saison 2014/2015 und der Hinrunde 2015/2016 sammelten München und Dortmund die wenigsten gelben und roten Karten. Die Borussia kam sogar ganz ohne eine gelb-rote oder rote Karte aus – als einziges Erstliga-Team.

Der FC Bayern München liegt mit derselben Fairplay-Punktzahl dicht dahinter, mit einigem Abstand folgen der VfL Wolfsburg, der 1. FSV Mainz 05 und der 1. FC Köln.

Beim Fairplay der Fans sieht das Ranking jedoch ganz anders aus:

Die zweithöchste Strafe mussten die Kölner mit 200.000 Euro für den Platzsturm ihrer Fans beim Derby gegen Gladbach im Frühjahr 2015 zahlen.



Nur Borussia Dortmund musste mehr an den Deutschen Fußball-Bund (DFB) und die Europäische Fußball-Union (UEFA) überweisen: gut 230.000 Euro wegen diverser Vergehen der schwarz-gelben Fans. Mit Strafzahlungen von 132.000 Euro folgt der Hamburger SV auf Rang drei vor dem FC Schalke 04 mit 102.000 Euro und Eintracht Frankfurt mit 90.000 Euro.

Gemessen am Umsatz sind dies aber eher Kleckerbeträge für die Vereine: Borussia Dortmund setzte in der Saison 2014/2015 mehr als 233 Millionen Euro um. Damit entsprechen die Strafzahlungen – obwohl sie in die Hunderttausende gehen – lediglich 1 Promille des Umsatzes. Beim 1. FC Köln liegt dieser Wert immerhin bei 2 Promille. In Spieler umgerechnet – anhand des Werts und der Anzahl der Spieler des jeweiligen Kaders – ergibt sich sogar nur ein Gegenwert der Strafen von 0,08 Kaderspielern bei Köln und 0,02 Kaderspielern in Dortmund.

Die Strafzahlungen, die die Bundesligisten an den DFB und die UEFA leisten mussten, verfehlen allemal die gewünschte Wirkung auf die Fans. Zwar versuchen die Vereine, die Strafen an die Randalierer weiterzugeben, doch eine persönliche Ahndung des Fan-Foulspiels bleibt oft aus. Zu schwierig ist es, die Störenfriede zu identifizieren, zu groß ist der Zusammenhalt der Fangemeinde. Der 1. FC Köln setzte aus diesem Grund zuletzt auf Kollektivstrafen und verbannte zumindest kurzfristig ganze Gruppierungen von den Rängen. Trotzdem sperrte der Deutsche Fußball-Bund für drei Spiele große Teile der Stehplätze im Kölner Stadion.

Diskutiert worden war auch ein Totalausschluss der Fans, der den Vereinen Umsatzeinbußen in Millionenhöhe beschert hätte und damit wesentlich schmerzhafter gewesen wäre. Ob Geisterspiele jedoch die Fans disziplinieren würden – das steht auf einer anderen Karte.

Ein Preis spielt verrückt

Ölmarkt. Spätestens seit Saudi-Arabien und Iran ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben, ist klar: Der Konflikt zwischen den erdölreichsten Ländern am Persischen Golf spitzt sich zu. Normalerweise müsste der Ölpreis deshalb explodieren – tatsächlich geschieht genau das Gegenteil.

Mitte Januar fiel der Ölpreis der Sorte Brent auf unter 30 Dollar je Barrel – und damit auf den niedrigsten Stand seit mehr als zwölf Jahren. Dies ist zunächst einmal erstaunlich angesichts der jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten: Saudi-Arabien und Iran, die sich seit der Hinrichtung von 47 Gefangenen in Saudi-Arabien im offenen Konflikt befinden, halten mit nahezu 60 Milliarden Tonnen rund ein Viertel der weltweiten Rohölreserven.

In Europa und vor allem in Deutschland spielen die beiden Staaten als Öllieferanten – anders als Russland oder Norwegen – jedoch nur eine Nebenrolle (Grafik). Seitdem die EU 2012 ein erst vor kurzem

aufgehobenes Ölembargo gegen Iran verhängt hatte, durfte Teheran kein Rohöl mehr nach Europa verkaufen.

Aus Saudi-Arabien kommen heute knapp 2 Prozent der deutschen und 8 Prozent der EU-Ölimporte.

Dass sich trotz des Konflikts am Persischen Golf niemand ernsthaft Sorgen um die Ölversorgung macht, liegt vor allem am relativ großen Angebot. Mithilfe des Frackings haben sich die USA zum größten Erdölproduzenten gemausert. Die Weltölreserven wurden 2014 im Vergleich zu 2008 um ein Viertel nach oben korrigiert. Das Resultat: Seit Mitte 2014 befindet sich der Ölpreis im nahezu freien Fall.

Früher hätte die OPEC, die Organisation erdölexportierender Länder, zu der auch Iran und Saudi-Arabien gehören, in dieser Situation einfach die Fördermengen gekürzt, um die Preise zu stabilisieren. Stattdessen versucht vor allem Saudi-Arabien, Konkurrenten durch Niedrigpreise aus dem Markt zu drängen. Die Saudis fördern ihr Öl konkur-

renzlos günstig und haben genug Finanzreserven, um vorübergehende Haushaltsdefizite auszugleichen.

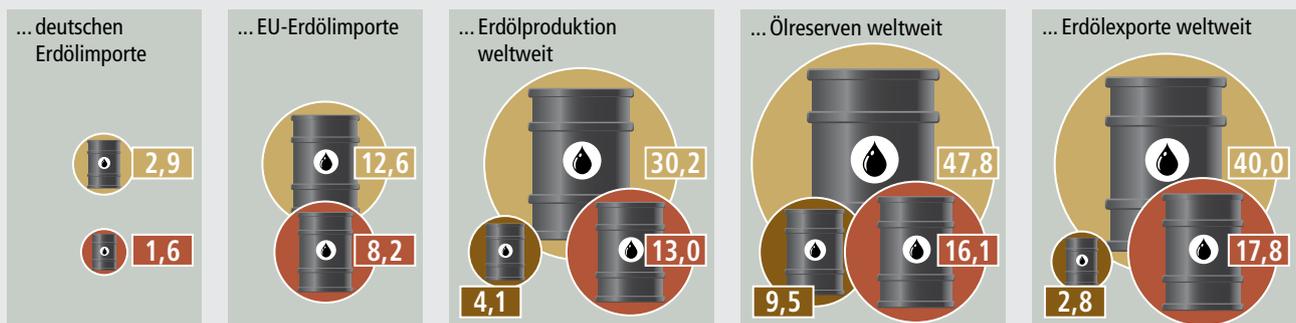
Andere OPEC-Länder sind dagegen stark an einer Stabilisierung der Ölpreise interessiert. Iran ist sogar auf besonders hohe Preise angewiesen: 140 Dollar je Barrel müsste das Land erzielen, um einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu haben; Saudi-Arabien käme mit 93 Dollar aus. Angesichts dessen machen die Streitigkeiten am Persischen Golf eine Einigung innerhalb der OPEC eher unwahrscheinlich.

Ein anderer neuralgischer Punkt ist die Meerenge von Hormus, an der sich die beiden Streithähne gegenüberstehen. Über diese Route werden jeden Tag rund 17 Millionen Barrel Öl verschifft – das sind mehr als ein Fünftel des weltweiten Rohölhandels. Da Alternativrouten rar sind, kann man jedoch davon ausgehen, dass die größten Volkswirtschaften der Welt die Straße von Hormus notfalls sogar militärisch freihalten würden.

Erdöl: Gewichtige Golfstaaten

Der Iran exportiert derzeit kein Öl nach Deutschland, Saudi-Arabien nur wenig. Gleichwohl hat die Region am Persischen Golf, deren Exporte zum großen Teil die Meerenge von Hormus passieren, starken Einfluss auf den weltweiten Ölmarkt.

So viel Prozent der ... stammten 2014 aus ■ Anrainerstaaten des Persischen Golfs, darunter: ■ Iran ■ Saudi-Arabien



EU-Erdölimporte: 2013; Anrainerstaaten: Saudi-Arabien, Iran, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait, Bahrain, Katar, ohne Oman
 Ursprungsdaten: BP, Deutsche Rohstoffagentur, Eurostat, Mineralölwirtschaftsverband, OPEC

17 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 3

Berlin gibt am meisten aus

Kinder- und Jugendhilfe. An Hort- und Heimplätzen sollte zwar nicht gespart werden, aber die Frage nach den Kosten muss erlaubt sein: Denn die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe unterscheiden sich zwischen den Bundesländern eklatant. 

Bundesweit betragen die Ausgaben im Jahr 2013 für Jugendarbeit, Familienfreizeiten, Erziehungsberatung, Heimunterbringung sowie für Krippen, Kindergärten und was sonst noch alles zur Kinder- und Jugendhilfe zählt, 35,5 Milliarden Euro. Auch wenn die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe damit innerhalb von zehn Jahren um mehr als 70 Prozent gestiegen sind, ist dieses Geld gut angelegt, schließlich kommen die Maßnahmen in der Regel sozial benachteiligten Kindern zugute und erhöhen damit die Chancengerechtigkeit.

Was aber stutzig macht, ist das starke Gefälle der Ausgaben für die

Kinder- und Jugendarbeit zwischen den einzelnen Ländern (Grafik):

Mit 3.900 Euro pro Minderjährigen waren die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe 2013 in Berlin am höchsten, Schleswig-Holstein und Niedersachsen kamen mit rund 2.200 Euro aus.

Diese Diskrepanz setzt sich auch in den Einzelleistungen fort: Thüringen etwa gab 2013 knapp 25.000 Euro pro Heimplatz aus, Nordrhein-Westfalen fast 36.000 Euro.

Ob aber ein Heim in Köln besser ist als eins in Erfurt, kann niemand beurteilen. Denn für die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gibt es keine regelmäßige flächendeckende Evaluation. Hinzu kommt, dass es schwierig zu beurteilen ist, wie sich ein Kind ohne eine Beratungsmaßnahme oder eine Pflegefamilie weiterentwickelt hätte.

Gleichwohl gibt es mögliche Erklärungen für die Ausgabendifferenzen der Bundesländer – zum Teil hängen diese mit der Organisation der Kinder- und Jugendhilfe zusammen. Im Jugendhilfeausschuss beispielsweise, der bei den örtlichen Jugendämtern angesiedelt ist, haben die Repräsentanten der freien Träger – also Jugend- und Wohlfahrtsverbände, Religionsgemeinschaften und Vereine – teilweise auch Stimmrechte. Sie können demzufolge Ent-

Wie viel die Kinder- und Jugendhilfe kostet

So viele Euro gaben die Bundesländer 2013 für die Kinder- und Jugendhilfe je unter 18-Jährigen aus

Berlin	3.904
Bremen	3.784
Brandenburg	3.513
Hamburg	3.402
Sachsen	3.377
Saarland	3.222
Sachsen-Anhalt	3.127
Hessen	3.078
Thüringen	2.913
Mecklenburg-Vorpommern	2.898
Rheinland-Pfalz	2.737
Nordrhein-Westfalen	2.563
Baden-Württemberg	2.394
Bayern	2.381
Niedersachsen	2.242
Schleswig-Holstein	2.201

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 3

scheidungen beeinflussen, die ihnen als Träger selbst viele Aufträge bescherten – zum Beispiel wenn es um die stationäre Unterbringung von Kindern geht.

aus IW-Trends 4/2015

Dominik Enste, Marie Möller:
Was kostet die Kinder- und Jugendhilfe?
Ein Vergleich der deutschen Bundesländer
iwkoeln.de/jugendhilfe

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann,
Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.